

MDL-NEWSLETTER

2/2023

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg

FLUT IN EUSKIRCHEN

FOTOAUSSTELLUNG



EUSKIRCHEN UND DIE FLUT IM JULI 2021

Gemeinsam durch die Katastrophe

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 hat die Flutkatastrophe in weiten Teilen des Rheinlands unvorstellbaren Schaden angerichtet und zahlreiche Menschenleben gekostet. In Euskirchen haben die Geschwister dieser einzigen Nacht das Leben in der Stadt und den Ortsteilen einschneidend verändert.

Die Zerstörungen allein in der Innenstadt betreffen ca. 200 Geschäfte, unzählige Wohnungen, Schulen, Kindergärten und Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Telekommunikation. Seither prägen die Erlebnisse und Folgen dieser Katastrophe den Alltag.

Unmittelbar nach der Flutkatastrophe starteten das Stadtmuseum und das Stadtarchiv Euskirchen das gemeinsame Dokumentationsprojekt „Stadtgeschichte gesammelt. Fotos und Filme von der Flut 2021“.

In einem öffentlichen Aufruf wurde nach privaten Filmen und Fotos von den Ereignissen des 14. Juli und der darauffolgenden Tage gefragt. Bis Ende 2021 hatten mehr als 100 Personen auf den Aufruf reagiert und ihre Fotos und Filme eingereicht. Die Aufnahmen wurden gesichtet und in der Datenbank des Stadtarchivs verrechnet.

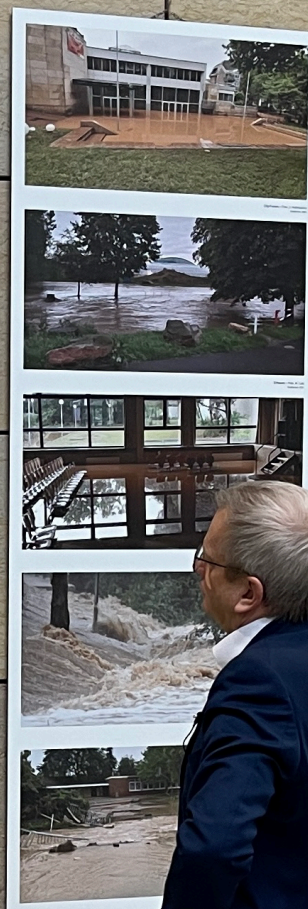
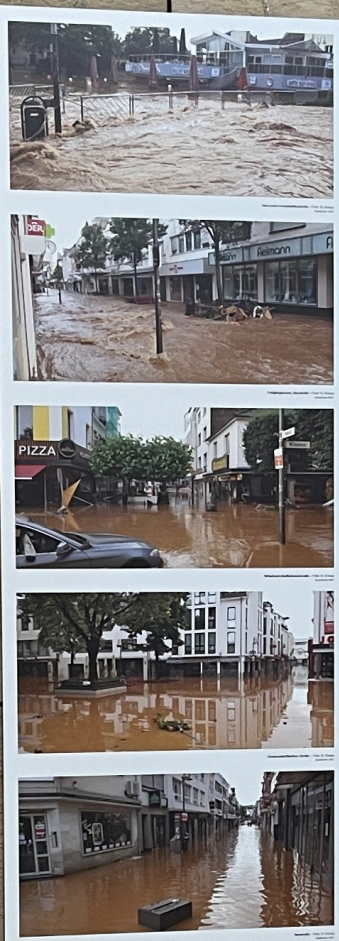
Für die Nachwelt sind die Bilder ebenso von Bedeutung wie für die Gegenwart. Sie helfen dabei, den veränderten Alltag zu begreifen und zu verarbeiten. Die Fotos halten zudem die Hilfsbereitschaft und den Zusammenhalt der Bevölkerung in dieser Notsituation fest.

Die Sonderausstellung zeigt eine kleine Auswahl der insgesamt 2.500 Fotografien.

Stadtmuseum Euskirchen
Wilhelmstraße 32–34
53879 Euskirchen
Tel. 02251 65074-38
museum@euskirchen.de

www.kulturhof.de/museum

HOCHWASSER



Fotoausstellung des Stadtmuseums Euskirchen zur Flut 2021

Die beeindruckenden Bilder zeigen die Notwendigkeit,
sich zukünftig besser gegen solche Katastrophen zu wappnen.

INHALT

Der Kreis Heinsberg wird zum Vorbild

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle hatten gehofft, dass nach den vielen letzten Krisen, deren Aus- und Nachwirkungen uns immer noch beschäftigen, vielleicht auch mal wieder etwas ruhigere Zeiten anbrechen würden. Leider weit gefehlt – die schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien haben viele Opfer und verheerende Verwüstungen zur Folge.

Viele Einwohnerinnen und Einwohner nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden sowie viele Deutsche mit Migrationshintergrund haben insbesondere in der Türkei Freunde und Familienangehörige verloren. Die Betroffenheit in Nordrhein-Westfalen ist dementsprechend groß. Ebenso wie die Hilfs- und Spendenbereitschaft.



Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse beschäftigen uns nicht erst seit der Flut im Ahrtal. Zu der Katastrophe 2021 gab es in den letzten Wochen eine sehenswerte Ausstellung des Stadtmuseums Euskirchen im Landtag (siehe Titelbild).

Mit dem Ausbau der Warninfrastruktur sind wir dabei, besser auf besondere Wetterlagen vorbereitet zu sein und darauf reagieren zu können. Der landesweite Warntag im März dieses Jahres war ein voller Erfolg und das neu eingerichtete Warnsystem über Cell Broadcast hat sämtliche in ein Funknetz



eingebuchten Mobiltelefone zuverlässig gesprochen.

Doch auch unsere Initiative zur Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung wird als gemeinsamer Entschließungsantrag von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in den Bundesrat eingebracht, um die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern.

Warum unser Heimatkreis auf bestem Wege ist, zum Vorbild für nachhaltige Wasserstoffwirtschaft zu werden, lesen Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

*Bernd Krüchel/
Thomas Schnelle*



Bernd Krüchel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 21. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter

LANDESWEITER WARNTAG

Nordrhein-Westfalen testet neue Warnmittel

Als Politiker und Experte für Katastrophenschutz begrüße ich die Maßnahmen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, sich besser auf den Ernstfall vorzubereiten. Die schwere Flutkatastrophe im Sommer 2021 hat uns allen gezeigt, dass es immer wichtig ist, auf unerwartete Ereignisse vorbereitet zu sein. Aus dieser Katastrophe müssen wir lernen und unsere Vorbereitungen für zukünftige Katastrophen verbessern.

Eine der Initiativen der Landesregierung ist das regelmäßige Proben des Ernstfalls bei landesweiten Warntagen, bei denen die Technik und das Zusammenspiel der vorhandenen Warnmittel getestet werden. Anfang März wurde wieder einmal ein Probealarm ausgelöst, der die Sirenen, Lautsprecher, Handys und neuerdings sogar digitale Informationstafeln im ganzen Land aktivierte. Ziel war es, die Bevölkerung für die verschiedenen Warnhinweise zu sensibilisieren und im Ernstfall konkrete Handlungsempfehlungen zu geben.

Neben den klassischen Warnmitteln wie Sirenen, Lautsprecherdurchsagen, Radio, Fernsehen und sozialen Medien wird das Land erstmals auch die Warnmittel Cell Broadcast und digitale Anzeigetafeln einsetzen. Über Cell

Broadcast werden Warnungen automatisch auf die Handys von Menschen innerhalb bestimmter Funkzellen geschickt. Das Land hat auch einen Vertrag mit der Firma Ströer abgeschlossen, um alle Warnungen des Landes auch auf den mehr als 1.100 digitalen Stadtinformationstafeln anzuzeigen.

Um das Sirenennetz weiter auszubauen und die Bevölkerung noch besser zu warnen, stellt das Land zehn Millionen Euro zur Verfügung. In den Jahren 2018 bis 2022 gab es bereits sieben landesweite Warntage und Probealarme, bei denen alle Sirenen sowie weitere Warnmittel getestet wurden. Diese Übungsschablonen haben sich als nützlich erwiesen und werden auch vom Bund genutzt.

Wir müssen jedoch nicht nur unsere Warnmittel verbessern, sondern auch unseren Katastrophenschutz insgesamt überdenken. Die Flutkatastrophe hat gezeigt, dass effektiver Schutz vor Ort gemacht wird, wo das Know-how für lokale Besonderheiten vorhanden ist. Als Land müssen wir aber mehr Unterstützung bieten, etwa durch übergeordnete Handlungsleitlinien und eine Überprüfung der Ausstattung von Katastrophenschutz-

einheiten auf etwaige Lücken. Insbesondere müssen wir die Erkenntnisse, die wir zu einer besonderen Krisenlage haben, einheitlich so zusammenführen, dass wir lokale Lagebilder in Echtzeit erstellen können. Auch weitere Warnmöglichkeiten der Bevölkerung müssen geprüft werden.

Als politische Verantwortungsträger dürfen wir die Bedeutung des Katastrophenschutzes nicht aus den Augen verlieren. Die jüngsten Bemühungen der Landesregierung sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber es bleibt noch viel zu tun. Wir müssen weiterhin zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass wir auf zukünftige Katastrophen bestmöglich vorbereitet sind. ■



EIN JAHR KRIEG

Solidarität mit der Ukraine in Nordrhein-Westfalen

Zusammenhalt und Solidarität sind in Zeiten von Krisen und Konflikten von großer Bedeutung. Ein Beispiel hierfür ist der Krieg, den Russland vor einem Jahr gegen die Ukraine begonnen hat. Dieser Krieg hat tiefe Spuren in Europa hinterlassen und stellt eine Gefahr für die Stabilität überall auf der Welt dar. Zum Jahrestag des Überfalls Russlands haben zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen stattgefunden, die das Gedenken an die Opfer des Krieges sowie die Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringen.

Eine solche Veranstaltung fand auch im Landtag von Nordrhein-Westfalen statt, bei der die ukrainische Fahne vor dem Parlament gehisst wurde und die Generalkonsulin der Ukraine, Iryna Shum, empfangen wurde. André Kuper, Präsident des Landtags, versicherte ihr die Solidarität des Parlaments von Nordrhein-Westfalen.

Gemeinsam nahmen sie an einer Schweigeminute teil, führten Gespräche mit deutschen und ukrainischen Schülerinnen und Schülern über ein Jahr Krieg, Flucht und das Ankommen in Deutschland und eröffneten eine Ausstellung des Düsseldorfer Vereins „Ukrainisches Haus e.V.“ über den Krieg in Kiew. Die Veranstaltungen im Landtag sollen ein starkes Zeichen der Solidarität mit der Ukraine setzen und das Bewusstsein für

die Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Solidarität in Europa stärken.

Im Rahmen des Jahrestags des Überfalls Russlands auf die Ukraine besuchte die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum auch eine Sitzung der CDU-Landtagsfraktion. Sie gab hier einen Überblick über den Status quo des Krieges in der Ukraine und einen Ausblick auf die Zukunft des Landes. Sie nutzte die Gelegenheit, um Nordrhein-Westfalen für die vielfältige Unterstützung zu danken und appellierte an die Menschen in NRW, weiter an die Ukraine zu glauben.

Dabei dankte sie sowohl sie selbst als auch unser Ministerpräsident Hendrik Wüst besonders all denen, die mit großem persönlichem Einsatz Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen haben oder anderweitig helfen sowie den Kommunen, die eine Hauptlast tragen.

Die Bedeutung der Solidarität mit der Ukraine wurde bei diesem Treffen betont und bestätigt. Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre Bevölkerung und ihr staatliches Territorium, sondern auch fundamentale Werte wie Freiheit und Demokratie, die Putin Tag für Tag aufs Neue angreift. Wir sind und bleiben solidarisch an der Seite der Ukraine. Auch ein Jahr nach Beginn des Krieges kann sich die ukrainische Bevölkerung der vollen Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalens, der Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion sicher sein.

CDU

**DIE UKRAINE MUSS
DEN KRIEG GEWINNEN.**

Die Veranstaltungen im Landtag von Nordrhein-Westfalen sollen nicht nur ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine setzen, sondern auch das Bewusstsein für die Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Solidarität in Europa stärken. Es ist wichtig, dass sich die Staaten in Europa für diese Werte einsetzen und sie verteidigen. Nur so kann eine friedliche und stabile Zukunft in Europa gewährleistet werden.

Der Jahrestag des Überfalls Russlands auf die Ukraine und der Besuch der Generalkonsulin Shum bei der CDU-Fraktion im Landtag

von Nordrhein-Westfalen sind ein wichtiger Anlass, um an die Bedeutung von Solidarität und Zusammenarbeit zu erinnern. Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren viel getan, um den Menschen in der Ukraine zu helfen und sich für die Werte von Freiheit und Demokratie in Europa einzusetzen.

Die Partnerschaft mit der Region Dnipropetrowsk und die humanitäre Hilfe für die Schutzsuchenden aus der Ukraine sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Das Ziel der Partnerschaft ist es, die beiden Regionen miteinander zu vernetzen und die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Klima- und Umweltschutz sowie Gesundheits- und Verkehrspolitik zu intensivieren.

Neben der Partnerschaft mit der Region Dnipropetrowsk hat Nordrhein-Westfalen auch zahlreiche humanitäre Maßnahmen ergriffen,



Thomas Schnelle und Iryna Shum, die Generalkonsulin der Ukraine im Landtag NRW.

um den Menschen in der Ukraine zu helfen. Seit Kriegsbeginn wurden in NRW 226.000 Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen, die vor Putins Krieg geflohen sind.

Das zeugt von einer unglaublichen Hilfsbereitschaft in den Kommunen und im Landtag von Nordrhein-Westfalen fand auch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine: Europas Sicherheit und die Rolle Deutschlands“ statt.

Dabei diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über die Bedeutung des Konflikts für Europa und die Rolle Deutschlands in dieser Situation.

Der Krieg gegen die Ukraine stellt eine große Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit Europas dar. Ein Jahr nach Kriegsbeginn ist es wichtig, sich an die Folgen des Konflikts zu erinnern und ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu setzen. Die Veranstaltungen im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben dazu beigetragen, das Bewusstsein für die Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Solidarität in Europa zu stärken und die Unterstützung für die Ukraine zu demonstrieren.

Es ist wichtig, dass wir uns weiterhin für die Menschen in der Ukraine starkmachen und uns für die Werte von Freiheit und Demokratie in Europa einsetzen. Nur so können wir eine friedliche und stabile Zukunft in Europa gewährleisten. ■

LAND WINDENERGIE

NRW auf dem Weg zum Windenergie-Vorreiter

Die nordrhein-westfälische Regierungskoalition aus CDU und Grünen hat im März-Plenum einen Gesetzentwurf und einen Antrag zum Ausbau der Windenergie beschlossen. Ziel ist es, die Klimaschutzziele zu erreichen und den Wirtschafts- und Industriestandort Nummer eins zu bleiben.

Um dies zu erreichen, sollen die Flächenausweisung und die Akzeptanz vor Ort gestärkt werden, indem der Ausbau der Windkraft gemeinsam mit den Menschen gesteuert und gelenkt wird. Hierbei soll insbesondere die Bürgerenergie gestärkt werden. Also Anlagen im Eigentum oder mit Beteiligung der Anrainer. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung ist ein schneller Ausbau nicht möglich.

Der Antrag beinhaltet unter anderem die schrittweise Abschaffung der Mindestabstände für Windräder sowie die Einführung eines Bürgerenergiefonds und einer Taskforce Ausbaubeschleunigung. Auch der Windkraftausbau in Industriegebieten entlang von Verkehrswegen, auf Kalamitätsflächen, Nadelwaldflächen und Landesflächen soll erleichtert werden. Das Ziel der Regierungskoalition sind 1.000 Windräder bis zum Ende der Legislaturperiode.

Nordrhein-Westfalen setzt sich damit an die Spitze der Bundesländer beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Aktuelle Zahlen zeigen, dass in NRW mehr genehmigte Anlagen als in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zusammen vorhanden sind. Dennoch muss der Ausbau der Windenergie in Deutschland weiter beschleunigt werden, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Thomas Schnelle fasst zusammen: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien kann nur mit einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung gelingen. Hierfür soll der Ausbau der Windkraft in Zukunft gemeinsam mit den Menschen gesteuert und gelenkt werden. Die schrittweise Verringerung der Mindestabstände für Windräder sowie die Einführung eines Bürgerenergiefonds und einer Taskforce Ausbaubeschleunigung sind dabei wichtige Schritte. Nordrhein-Westfalen hat bereits mehr genehmigte Anlagen als viele andere Bundesländer, dennoch müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland weiter beschleunigt werden, um die Klimaschutzziele zu erreichen.“ ■

Foto: Tobias Koch



BEZAHLBARER WOHNRAUM

Mehr Engagement für bezahlbaren Wohnraum

Die schwarz-grüne Koalition setzt sich für bezahlbaren Wohnraum in NRW ein. Die Fraktionen von CDU und GRÜNEN brachten den Antrag „Wohnen als soziale Daseinsvorsorge – sicher und bezahlbar für alle“ in den Landtag ein. Zu unseren Zielen gehörten mehr Tempo beim Bau von preisgedämpftem und mietpreisgebundenem Wohnraum, eine wissenschaftlich fundierte Überarbeitung der Mieterschutzverordnung und ein Fokus auf Klimaneutralität und Barrierefreiheit. Dazu erklären die Sprecher für Bauen und Wohnen der Fraktionen, Arndt Klocke (GRÜNE) und Jochen Ritter (CDU):

Arndt Klocke: „Unser Ziel ist es, dass alle Menschen bezahlbar und angemessen wohnen können. Dazu muss die Wohnraumförderung stets weiterentwickelt und der jeweiligen Lage angepasst werden. Wir wollen unsere Kommunen und deren lokalen und regionalen Wohnungsbauunternehmen und auch örtlichen Genossenschaften als wichtige Akteure stärken. Hierzu wollen wir die Kommunen darin bestärken, Vorkaufsrechte zu nutzen oder Baugebote auszusprechen, um Leerstand und Unternutzung zu verhindern und Wohnraum gezielt zu entwickeln.“

Wichtig ist uns, Modernisierungsmaßnahmen für Klimaschutz und Barrierefreiheit deutlich zu fördern.

Die energetischen Maßnahmen im Gebäudebestand dienen bei steigenden Energiekosten nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch dem Geldbeutel.“

Jochen Ritter: „Wohnen ist mehr, als ein Dach über dem Kopf zu haben, es muss bezahlbar und sicher sein. Das Land trägt Jahr für Jahr mit rund einer Milliarde Euro dazu bei, dass mietpreisgebundener Wohnraum entsteht – im Jahr 2022 mit der zweithöchsten Fördersumme seit Bestehen dieses Programmes. Als verlässlicher Fördergeber stehen wir für Kontinuität, ergänzen die Bedingungen gleichwohl um Komponenten, die auf Klimaschutz und Ressourcenschonung einzahlen.“

Weiterentwickeln werden wir auch das Mietrecht, und zwar auf wissenschaftlicher Grundlage; denn, wenn das Land mit den wenigen Möglichkeiten, die es im Mietrecht hat, etwas bewirken will, dann bedarf das einer besonders gründlichen Vorbereitung. Zusätzliche Spielräume zur Mobilisierung von Bauland hat das Land bereits für die Kommunen geschaffen. So sorgen wir in mehrfacher Hinsicht dafür, dass sich der Wohnungsmarkt entspannt.“

Foto: Christiane Lang



EXTREMWETTERLAGEN

NRW bringt Pflichtversicherung für Elementarschäden voran

Nordrhein-Westfalen hat eine Initiative zur Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung in den Bundesrat eingebracht. Aufgrund der steigenden Zahl von Extremwetterereignissen, wie Starkregen und Hochwasser, haben sich insbesondere Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli 2021 mit verheerenden Schäden an Wohn- und Gewerbeimmobilien konfrontiert gesehen.

Menschenleben, Gesundheit und Erinnerungen sind unersetzlich.

Der materielle Schaden sollte jedoch abgesichert werden, um niemanden in Existenzangst zu versetzen.

Daher sollten systematische Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass nach einer Katastrophe kein Mensch vor dem finanziellen Ruin steht.

Die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hat sich im Juni 2022 klar für die Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden

ausgesprochen, da bisher bundesweit nur etwa die Hälfte der privaten Gebäudeeigentümer über eine Elementarschadenversicherung verfügt. Zudem wird die Gefahr existenzbedrohender Schäden nach einer Unwetterkatastrophe häufig verdrängt. Nur eine bundesweite Regelung erscheint sachgerecht, da Naturkatastrophen nicht an den Ländergrenzen haltmachen.

Die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben beschlossen, einen Entschließungsantrag in den Bundesrat einzubringen, um die Bundesregierung aufzufordern, kurzfristig einen konkreten Regelungsvorschlag zur Einführung einer bundeseinheitlichen Elementarschaden-Pflichtversicherung zu erarbeiten. Ein solches System würde dazu beitragen, weitgehend flächendeckende private Versicherungen von Gebäudeeigentümern gegen Elementarrisiken zu etablieren.

Das Warten auf bessere Zeiten ist in der Katastrophenvorsorge keine Option. Extremwetterereignisse werden voraussichtlich sogar zunehmen. Eine systematische, bundesweite Risikoprävention durch eine Pflichtversicherung für Elementarschäden muss daher bald an die Stelle öffentlicher Hilfen treten, die sonst die Allgemeinheit trägt. ■



Dr. Christian Untrierer, Klaus Vossemer und Thomas Schnelle beim Besuch des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Hochwasserkatastrophe“ in Ahrweiler.

ERDBEBEN

Der Landtag NRW trauert mit den Menschen in der Türkei

NORDRHEIN-WESTFALEN TRAUERT GEMEINSAM MIT DEN ÜBERLEBENDEN DER ERDBEBEN-KATASTROPHE

Die Erdbeben in der Türkei und Syrien vor gut einem Monat haben zu einem massiven Verlust an Menschenleben und Eigentum geführt. Mehrere zehntausend Menschen sind bei den verheerenden Beben ums Leben gekommen. Millionen haben am 6. Februar ihr Zuhause verloren. Im Landtag haben wir daher einen fraktionsübergreifenden Antrag beschlossen, um unsere Anteilnahme und Solidarität auszudrücken.

Die betroffenen Menschen sind nicht allein in ihrem Schmerz und ihrer Trauer, und wir trauern gemeinsam mit ihnen. Auch den vielen professionellen und ehrenamtlichen Helfern aus NRW, die vor Ort geholfen haben, Leben zu retten und Unterstützung zu leisten, gilt unser Dank.

Die internationale Hilfe hat zwar schnell eingesetzt, aber die humanitäre Lage vor Ort bleibt katastrophal. Nordrhein-Westfalen wird weiterhin seinen Teil dazu beitragen, die akute Not zu lindern und beim Wiederaufbau der Region zu helfen. Die Auswirkungen der Katastrophe auch für die Men-

schen in NRW mit familiärem Bezug zur Türkei oder Syrien werden noch lange zu spüren sein.

Es ist wichtig, dass wir aus solchen Katastrophen lernen und uns auf zukünftige Notfälle vorbereiten. Ein funktionierender Katastrophenschutz ist von entscheidender Bedeutung, um solchen Unglücken vorzubeugen und schnell und effektiv reagieren zu können. Dies erfordert eine gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden, dem Rettungsdienst, der Feuerwehr und anderen Rettungskräften.

Wir müssen sicherstellen, dass wir über die notwendigen Ressourcen verfügen, um im Falle einer Katastrophe angemessen zu reagieren. Ferner müssen wir die Bevölkerung auf Katastrophen vorbereiten und sie über die notwendigen Schutzmaßnahmen informieren. Nur so können wir in Zukunft besser auf ähnliche Notfälle reagieren und Leben retten.

Wir trauern um alle, die in dieser Naturkatastrophe ihr Leben verloren haben. All denen, die den Verlust von geliebten Menschen zu beklagen haben, sprechen wir unsere tief empfundene Anteilnahme aus. Sie trauern nicht allein!

Wir danken den vielen professionellen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus NRW, die vor Ort unter großem persönlichem Einsatz Menschenleben gerettet haben. Viele von ihnen sind noch immer dort und kümmern sich um die Überlebenden. Zusätzlich engagieren sich unzählige Vereine, Religionsgemeinschaften und private Initiativen, um von NRW aus Hilfe zu leisten. Auch ihnen möchten wir für dieses Engagement danken. ■



ZWEITES KRISENPAKET

NRW unterstützt Flüchtlingsunterkünfte mit knapp 400 Mio. Euro

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat ein zweites Maßnahmenpaket in Höhe von rund 670 Millionen Euro auf den Weg gebracht, um die Krisensituation infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zu bewältigen.

Davon sollen knapp 400 Millionen Euro den Kommunen zur Stärkung der Unterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden. Die Gelder stammen aus dem fünf Milliarden Euro schweren „Sondervermögen Krisenbewältigung“, welches die Landesregierung im vergangenen Jahr bereitgestellt hat.

Die Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung, Unterhaltung und Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften ist ein wichtiger Fokus dieses Maßnahmenpakets. Denn die Kommunen leisten bei der Aufnahme von Menschen aus der Ukraine Herausragendes, stehen dabei aber vor großen finanziellen und logistischen Herausforderungen.

Das Maßnahmenpaket umfasst zudem weitere finanzielle Mittel, unter anderem für die Stärkung der kritischen Infrastruktur in sicherheitsrelevanten Bereichen, die Finanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Krankenhäusern und die

Unterstützung der Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur. Auch Maßnahmen zur Steigerung der Krisenresilienz und Krisenvorsorge werden mit dem Maßnahmenpaket gefördert.

Insgesamt soll das Maßnahmenpaket dazu beitragen, die Folgen der mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ausgelösten Fluchtbewegung zu bewältigen sowie Maßnahmen zur Krisenhilfe, Krisenresilienz und Krisenvorsorge zu finanzieren.

Mit dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ stellt die Landesregierung zusätzliche Mittel bereit, um die Energiekrise abzufedern,

die Resilienz gegen die Auswirkungen der Krisensituation zu stärken und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und -erzeugung zu unterstützen, die kurzfristig den Verbrauch fossiler Energien senken.

Insgesamt zeigt das Maßnahmenpaket, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sich weiterhin bemüht, Menschen Schutz und Halt zu geben, die vor Krieg, Terror und Leid fliehen. Dabei werden die Kommunen unterstützt, um auch weiterhin in dieser schwierigen Situation leistungsfähig zu bleiben. ■

Foto: Tobias Koch



GARZWEILER II

Neue Leitentscheidung wird Strukturwandel vorantreiben

Die Landesregierung plant zeitnah eine neue Leitentscheidung vorzulegen, um zeitnah eine planerische Grundlage und Klarheit für das Rheinische Revier zu schaffen. Seit dem Start des Überarbeitungsprozesses im November 2022 hat sich das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium intensiv mit Expertinnen und Experten aus den Kommunen, Fachausschüssen und Verbänden ausgetauscht.

Die neue Leitentscheidung soll sich auf die Rekultivierung des Tagebaus Garzweiler, der in Anspruch genommenen Landschaft und die Zukunft der früheren Umsiedlungsdörfer in Erkelenz und Merzenich konzentrieren. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich bei einer Dialogveranstaltung im Rheinischen Revier

und schriftlich an das Postfach leitentscheidung@mwike.nrw.de einzubringen.

Die Leitentscheidung ist ein weiterer Meilenstein für die Zukunft des Rheinischen Reviers und soll die Grundlage für einen gelungenen Strukturwandel und eine vielversprechende Zukunft der Region bilden.

Am 11. März 2023 konnten sich Bürgerinnen und Bürger aus der Region bei einer Dialogveranstaltung in Erkelenz mit Wirtschaftsministerin Mona Neubaur austauschen. Wenige Tage zuvor hatte in Erkelenz eine Veranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Fachbehörden und Kommunen zur Fortführung der Fachgesprächsreihe zur neuen Leitentscheidung stattgefunden.

Die neue Leitentscheidung soll die raumbezogenen Aspekte des Kohleausstiegs in Vorgaben gießen, welche in die Braunkohleplanung beim Braunkohleausschuss in Köln einfließen werden. Angesichts des nahenden Kohleausstiegs ist eine neue Leitentscheidung, die sich auf wesentliche Änderungen konzentriert, dringend erforderlich.

Der Schwerpunkt wird auf dem Bereich des Tagebaus Garzweiler liegen, da für die Tagebaue Inden und Hambach bereits das Abbauende 2030 vorgegeben ist. Der bisherige Leitentscheidungsprozess umfasst sowohl Fachgespräche mit Expertinnen und Experten aus Kommunen, Naturschutzverbänden, Wasserverbänden, Vertreterinnen und Vertretern aus den Regionalräten und dem Braunkohleausschuss, Fachbehörden und RWE zu den räumlichen Folgen des beschleunigten Kohleausstiegs als auch zu den Themen „Orte der Zukunft“, „Bergbau und Wiedernutzbarmachung“, „Wasser“, „Raumentwicklung und Weginfrastruktur“ sowie „Erneuerbare Energien“.

Das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium steht auch im Dialog mit den Anrainerkommunen des Tagebaus Garzweiler II sowie den aktuellen und ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern der ehemaligen Umsiedlungsdörfer. ■



PROJEKT H2HS

Kreis Heinsberg wird zum Vorbild für nachhaltige Wasserstoffwirtschaft

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Herstellung von grünem Wasserstoff im Kreis Heinsberg mit 1,8 Millionen Euro!

Das Projekt H2HS wird von mittelständischen Unternehmen aus der Region vorangetrieben und beabsichtigt die Errichtung einer Elektrolyseanlage mit einer Leistung von einem Megawatt. Hierdurch sollen etwa zwölf Brennstoffzellenbusse betrieben und rund 1.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Ziel des Projekts ist es, das Rheini-

sche Revier bei der Entwicklung und Anwendung von Wasserstofftechnologien zu unterstützen und einen Beitrag zur klimaneutralen Mobilität der Zukunft zu leisten. Der Förderbescheid wurde von Ministerin Mona Neubaur an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Heinsberg übergeben. Besonderer Höhepunkt des Projekts ist die Nutzung der Nebenprodukte: Die Abwärme des Elektrolyseurs dient der Beheizung von Gebäuden; den eben-

falls anfallenden Sauerstoff verwendet eine Kläranlage. Das Vorhaben verbindet damit die Bereiche Mobilität, Gebäude und Industrie miteinander. Durch die effiziente Nutzung der Stoff- und Wärmeströme wird eine hohe Effizienz erreicht, die die Wirtschaftlichkeit erhöht.

Mit der Übergabe des Förderbescheids kann das Projekt nun Fahrt aufnehmen. Im Industriepark Heinsberg-Oberbruch soll das vollumfängliche Wasserstoffsystem errichtet werden. ■



vorne: Landrat Stephan Pusch, Ministerin Mona Neubaur, Dr. Stephanie Kesting (Neuman & Esser), hintere Reihe von links: Gereon Fraunrath (Unternehmensgruppe Fraunrath), Fabian Brücher (WEP), Ulrich Schirowski (WFG des Kreises Heinsberg), Dr. Stefan Langer (Veolia Industriepark), Guido Beckers und Paul Steuter (BMR Energy Solutions). Foto: MWIKE NRW